
10462/J XXV. GP

Eingelangt am 07.10.2016

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Philipp Schrangl
sowie weiterer Abgeordneten
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Beitrag bei der Aufklärung von Straftaten durch Videoüberwachung

14. Februar 2016 – eine 49-jährige Frau wird von sechs Männern bei der U-Bahn-Station Simmering (Linie U3) belästigt. Aufgrund der Tatsache, dass diese U-Bahn Station videoüberwacht ist konnte die Polizei zwei der sechs Männer unmittelbar nach der Tat anhalten.

Auch im Fall der 21-jährigen Frau, welche von ihrem Freund im Juli dieses Jahres vor der Wiener U6-Station Währinger Straße mit einem Messer verletzt worden war zog die Polizei die Auswertungen der Überwachungskameras bei ihren Ermittlungen zur Hilfe.

Der Einsatz von Videokameras in öffentlichen Verkehrsmitteln vermittelt nicht nur der Bevölkerung ein verstärktes Gefühl von Sicherheit, sondern stellt eine erhebliche Erleichterung für unsere Exekutivbeamten bei der Ausforschung der Täter dar.

In diesem Zusammenhang stellen die nachstehend unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

ANFRAGE

1. Werden vom Bundesministerium für Inneres Statistiken geführt, in wie vielen Fällen videoüberwachende Maßnahmen bei der Ausforschung und Überführung der Täter hilfreich gewesen sind?
2. Wenn „JA“, in wie vielen Fällen trugen Videoüberwachungskameras bei der Ausforschung und Überführung der Täter seit 2013 bei? (aufgeschlüsselt nach Bundesländer)

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.